

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Zugpreis: Monatlich 2,25 Mark, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Belieferungs-Einrichtungen) hat der Empfänger keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Kostenlos: Die Monatspreise sind...
Jeder Anspruch auf Nachlieferung...
in Anstehen gestellt.

Bezugspreis-Anschluss Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 138

Mittwoch, den 1. Dezember 1920

19. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Viehählung.

Am 1. Dezember bis, Jz. findet eine Viehählung statt. Die Viehhalter werden zur Vermeidung von Weiterungen ersucht, den beauftragten und ehrenamtlich tätigen Hählern die erforderlichen Auskünfte genau und bereitwillig zu erteilen.

Ottendorf-Okrilla, am 30. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

Mindernot.

Minderhilfe.

In der Zeit vom 3. bis 5. Dezember bis, Jz. soll im hiesigen Orte eine Volksversammlung für das notleidende Kind veranstaltet werden. Die Not der Kinder unserer Zukunft — ist groß, schon in unserem Orte waren 500 Schulkinder unterernährt. Geradezu erschreckend der Zustand der Großstadtkinder. Es ist die bekannte Ansicht unserer Feinde, Deutschland durch lanmächtige Verwahrlosung des Nachwuchses (Abgabe der Milchkuhe!) zu einem unbedeutenden Staatsgebilde herabzubringen. Diese Ansicht gilt es zu durchkreuzen durch Ausbringung von Mitteln zur Stärkung der Kindererziehungshelme, und zur Unterbringung von unterernährten und kranken Kindern. Gebt daher Jeder gern und reichlich, wenn die Sammler bei ihm vorprechen.

Die Hälfte des Ertrages fließt den Kindern unseres engeren Bezirkes zu.

Ottendorf-Okrilla, am 29. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

Kohlensubventionen für Minderbemittelte.

Behufs Gewährung einer Kohlenbeihilfe für Minderbemittelte haben Bezirksausschuss und Gemeinderat Mittel in beschränkter Höhe zur Verfügung gestellt. Die Beihilfe ist auf 50 Mark für eine Person bemessen. Für die Verteilung kommen nur in Frage Witwen, Waisen, Arbeiterrentenempfänger ohne besonderen Arbeitsverdienst und sonstige Minderbemittelte, deren Bedürftigkeit besonderer Bestimmung vorbehalten bleibt. Minderbemittelte, welche auf die Beihilfe Anspruch erheben wollen, haben sich bis

4. Dezember bis, Jz.

am Rathaus — Meckum — zu melden.

Die Auswahl der zu Berücksichtigenden bleibt einem Ausschuss vorbehalten.

Ottendorf-Okrilla, am 29. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

Verteilung von Stiftungszinsen.

Es kommen folgende Erträge von mündigen Stiftungen zur Verteilung:

50 Mark der „Johanna verw. Nollau-Stiftung“ an Witwen in Not befindliche Witwen, nach Befinden können auch zwei Witwen bedacht werden.

14 Mark der „Louise Walthers-Stiftung“ an zwei würdige und bedürftige Einwohner aus dem Ortsteil...

50 Mark der „Gemeindevorstand M. g. Stein-Stiftung“ an 4 alte bedürftige Einwohner des Ortsteils Gutsdorf. Gesuche sind bis 4. Dezember d. J. schriftlich oder mündlich im Rathaus anzubringen.

Ottendorf-Okrilla, am 29. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, um das Gesetz vom 29. Dez. 1915 betreffend die Gräber aller Soldaten des Landes und der Marine der französischen und alliierten Heere, auch auf die deutschen Gräber in Frankreich anzuwenden. Artikel 2 des Vertrages von Versailles legt der französischen Regierung die Verpflichtung auf, die deutschen Gräber zu versetzen und zu unterhalten. Die Friedhöfe werden vom Staat erworben und unter seinen Schutz gestellt.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 30. November 1920.

Nun sind die Wochen gekommen, die man die Adventszeit nennt. Die Sonntage in ihnen sind wie freundlich leuchtende Sterne, die dem großen, wunderbaren Stern von Bethlehem voran leuchten möchten. Es ist die von vielerlei

Vorteile durchdrante Rühzeit auf Weihnachten. Auch unsere politisch und wirtschaftlich so überaus gedrückte Lage kann und darf diesen weihnachtlichen Vorhang nicht ohne weiteres verschwinden lassen. Mögen sich auch manche Enttäuschungen dazwischen spinnen, den alten, stimmungsvollen Auktast zum Christfest möchten wir doch nicht missen. Das Kaufen und Kaufen ist heute freilich nicht so einfach, wie in alten, schönen Friedenszeiten. Man muß sparen und immer wieder sparen, und in weitesten Kreisen des Mittelstandes hat man's ja längst mit einträgen Melodie zu tun: Sich einschränken! Sich immer noch mehr einschränken! Gleichwohl, es gehört nun einmal dazu, daß man dem „Christkind“ Rechnung trägt; und da macht man's doch möglich mit dem Kaufen und Schenken, auch wenn es notgedrungen bescheiden und viel „praktischer“ anfällt, als es das freudige Spendegefühl von sich aus möchte. Und man wolle bedenken: Die Geschäftsleute müssen auch leben! Wird ihnen das Weihnachtsgeschäft verdorben — durch die Zurückhaltung des Publikums —, dann ist geschäftlich viel verdorben! Also, möge in diesen vorweihnachtlichen Tagen nicht nur das übliche Fluten vor dem besonders reichhaltigen geschmückten Schaufenster sein, sondern möge man kaufen, wo und wie man's kann! Dabei sei gleich auf die scheinbar nicht ausrottende Anstie angewiesen, das Einkommen bis auf den letzten Augenblick zu lassen, um dann noch in aller Hast, bei herabgeminderter Auswahl und vor einem abgeheften Geschäftspersonal, die nötigen Besorgungen zu machen. Nun, vielleicht hilft's doch ein wenig, dieses Mahnen zur besseren Einsicht.

Mit unserer Getreidenot im engen Zusammenhang steht das Ruchensadverbot, mit dem sich bekanntlich vor kurzem der Reichsrat beschäftigt hat. Die sächsische Regierung hat unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß sie von sich aus ein solches Verbot nicht erlassen würde. Die Haltung der Reichsregierung ist in dieser Angelegenheit in der letzten Zeit wieder schwankend geworden, doch wird man immerhin mit einem solchen Verbot rechnen müssen. Daß sich die hieran besonders interessierten gewerblichen Kreise dagegen mit allen Kräften zu wehren suchen, ist erklärlich. So schreibt die „Dresdner Bäderzeitung“: „Glaubt man wirklich ein Ruchensadverbot gleichmäßig für Deutschland durchzuführen zu können? Diese Möglichkeit ist ausgeschlossen und wir erleben das alte Schauspiel, daß außerhalb Sachsens sich niemand darum kümmert und in Sachsen würden lediglich die Arbeiter, Beamten und Mittelstandskreise die Betroffenen sein, nur dort würden wirksame Kontrollen ausgeübt werden können. Seit Monaten sind in allen Schaufenstern der einschlägigen Geschäfte in Massen Rosinen und andere Zutaten zum Sollenbaden ausgekühlt und von der Bevölkerung gekauft worden. Fett und Margarine sind frei und Mehl ist sicher besorgt. Glaubt man heute wirklich, durch ein Verbot die Bevölkerung abhalten zu können, Stollen zu backen? Hat man wirklich den Mut, bei der Kohlenknappheit und den unerschwinglichen Preisen derselben der Bevölkerung zumuten zu können, im Haushalt die Stollen zu backen und das Geraten auch noch in Frage zu stellen, während in den Backöfen der Bäckereibetriebe die Backhige vorhanden ist und ungenutzt verloren geht? Ein Ruchensadverbot ist das untauglichste Mittel, die Brotversorgung zu verbessern, im Gegenteil, es verschlechtert die Ernährungsmöglichkeit eines großen Teiles der Bevölkerung, der Großstädte und Industriezentren.“

Abkündigung der Halbmoneatskarten 4. Klasse. Die im Reich der Eisenbahndirektion Dresden eingeführte Ein- und Zweifach-Halbmoneatskarte 4. Klasse zum baldigen Preise der gewöhnlichen Monatskarte 4. Klasse wird am 31. Dez. aufgehoben. Ein Bedürfnis zur Ausgabe dieser Karten besteht nicht mehr, da an Stelle einer Halbmoneatskarte zwei Wochenkarten gelöst werden können, wenn nicht vorgezogen wird eine Karte für den ganzen Monat zu entnehmen.

Dresden. Veränderungen im Bahnhof Wettinerstraße. Durch Wegnahme eines Teils des Wartesaals 1. und 2. Klasse ist ein größerer Raum zur Aufbewahrung von Reisepäck usw. geschaffen worden, was einem dringenden Bedürfnis entsprach. In dem früheren Aufbewahrungsraum sind zwei neue Fahrkartenschalter für den Vorortverkehr eingerichtet worden, so daß nun sieben Schalter vorhanden sind. Der Verkehr auf diesem Bahnhof hat sich immer mehr erweitert.

Einer größeren Mehlschiebung kam die Polizei auf die Spur. Vor einigen Tagen war eine Wagenladung Mehl auf dem Neustädter Güterbahnhofe eingetroffen. In den

Körbe war aber Mehl, nur oben auf zum Scheine eine Schicht Obst verpackt. Als die Polizei Kenntnis erhielt, war der Waggon bereits entladen und die angeblichen Obstkörbe nach der Niederlage des Obsthändlers befristet worden. Dort gelang es auch der Polizei, das Mehl zu beschlagnehmen.

Am Freitag wurde im Kreisaußschuß die Eingemeindung der drei Landgemeinden Blasewitz, Loschwitz und Weißer Hirsch erneut erörtert. Weißer Hirsch schied als „dümmlich“ zu entfernt aus den Betrachtungen aus. Oberbürgermeister Bähler erklärte im Laufe der Aussprache, einen Hauptanlass zu dem Antrage bilde der Wunsch von 17 wirtschaftlich weniger leistungsfähigen Vorortgemeinden im Westen nach einer Angliederung an Dresden, wofür man als Gegenleistung den Anschluß der begüterten Gemeinden im Osten brauche. Der Vertreter der Amtshauptmannschaft erklärte, die Ausgliederung nicht befürworten zu können, da dadurch der Bezirksverband drei der zahlungsfähigsten Gemeinden verlieren würde. Nach halbständiger gebeter Beratung faßte der Kreisaußschuß folgenden Beschluß: Der Kreisaußschuß hat ein dringendes öffentliches Bedürfnis zur zwangsweisen Eingemeindung von Blasewitz und Loschwitz nicht befürworten können.

Potschappel. Der auf der Dresdner Straße wohnhafte 23 Jahre alte Rangierarbeiter Alfred Kößberg wurde Sonnabend nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof von einer Lokomotive überfahren und schwer verletzt. Nach dem Krankenhaus Friedrichstadt übergeführt, erlag er bald nach der Operation seinen Verletzungen.

Königsstein. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Bahnstrecke beim benachbarten Rauten. Eine Frau Steglich kehrte mit dem Zuge 4.48 Uhr aus Dresden zurück und mußte, da der Zug überfüllt war, vor der Tür des Wagens stehen. Als der Zug die Station Rauten verließ, öffnete sich auf einmal die Tür, wodurch die Frau auf das Nebengleis stürzte und von einem entgegenkommenden Personenzuge erfasst und überfahren wurde. Bahnarbeiter fanden die schrecklich Verwundete, der beide Beine abgefahren worden waren, mit blutgelegten Gehirn tot auf.

Zittau. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich Freitag früh gegen 7 Uhr auf der Sekundärbahnstrecke Zittau—Reichenau. In der Nähe des Schloßhofes entgleisten drei auf Rollböden verladene große Güterwagen und stürzten um. Das Gleis wurde dadurch gesperrt. Der Betrieb wurde später durch Umstellen aufrechterhalten.

Glauchau. Von wohnungsuchenden Verlobten wird das hiesige Wohnungsamt derart überlaufen, daß der Stadtrat sich gezwungen sieht, künftig Verlobte nur dann in die Liste der Wohnungsuchenden aufzunehmen, wenn der Bräutigam das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Leipzig. Am Sonnabend vormittag gegen 9 Uhr wurde im Geschäft des Tröblers Martin, Große Fleischergasse 21, ein Raubüberfall verübt. Dort erschien der Payer Kurt Jech, geboren am 21. Dezember 1901 in Forst i. S., in Begleitung eines gleichalterigen Burschen und verlangte ein Paar Schuhe, die er tags zuvor dort gegen andere eingetauscht hatte, zurück, angeblich, weil diese ihm bequemer seien. Der Tröbler ging darauf ein. Unterdessen hatten zwei weitere junge Burschen den Boden betreten und boten Martin einen Schal zum Kauf an. Nach dem Jech die Schuhe gewechselt hatte, sprang er plötzlich auf Martin zu und hielt diesem den Mund zu während gleichzeitig ein zweiter die Beistatliche Martins aus dessen Rock herauszog. Um ihn am Schreien zu verhindern, drohten ihm alle vier mit vorgestreckten Revolvern mit Geschossen, sobald er nur ein Laut von sich geben würde. Die vier Räuber nahmen darauf jeder einen Ueberzieher, Jech außerdem noch einen Gutaway mit dunkler, hellgestreifter Hose und heller Weste an sich und ergriffen die Flucht. Alle vier konnten aber im Laufe Sonnabends noch festgenommen werden.

Zwickau. Hier wurde ein Einbruch ausgeführt und dabei 72 Meter Herren- und 20 Meter Damenstoffe verschiedener Farben, etwa 18000 Mark wert, gestohlen.

Hier machte bei der Landtagswahl ein Wähler seiner Mißstimmung in folgenden Zeilen Luft, die er mit seinem Stimmzettel der Wahlurne anvertraute:

„Klassengelehrter, Klassenlehrer,
Zwei Jahre habt ihr uns geprellt!
Falsch die Versprechen —
Könnt Strohhalm nur dreschen
Diesmal wird anders gemöhlt!“

Der machtlose Völkerbund.

Von unserem Mitarbeiter wird uns geschrieben:
Die Weltordnung, die in Genf verhandelt wird, zeigt sich groß und mächtig in einer Eigenschaft, in der heutige Welt leider auch außerhalb ihrer Reihen das edelste geleistet wird: im Reden. Es werden langatmige, eindringliche, leidenschaftliche und staatsmännliche Reden gehalten, ganz gewiß, es treten dabei auch mancherlei Stimmungen auf, die großen Herren aus London, und namentlich aus Paris, nicht gerade angenehm in die Ohren klingen. Unterdessen aber gehen draußen in der Welt der Launen Streik und Panik, Krieg und Haß, Gewalt und Krieg weiter ihren Weg, als gäbe es nichts, was auch nur im entferntesten eine Vernunftordnung des Völkerzugeslebens durch stillschweigende Übereinkunft, durch unparteiische Entscheidung wohlgeleiteter Schiedsrichter ermöglichte.

Wir lesen, daß eben jetzt ein polnischer Generalangriff gegen die litauische Front eingeleitet hat, obwohl eine Kontrollkommission des Völkerbundes an Ort und Stelle war, um den Wiederausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern. Sie appelliert nun an die Warschauer Regierung und an die gegenwärtigen Gewalthaber von Wilna, denen man die „Eroberung“ dieser nichopolnischen Stadt so außerordentlich leicht gemacht hat. Jede Schuld rächt sich eben auf Erden. Sollte man den Polen nicht gar zu freie Hand gelassen in der Bestrafung ihrer Vandalen, in der ungeschulten Herrschaft und Unterdrückungslust seiner maßgebenden Kreise, würde man sich jetzt weniger rüchlos von ihm behandelt sehen, aber gerade jetzt hat der Völkerbund eben diesen Polen sogar das militärische Mandat über Danzig in ziemlich sichere Aussicht gestellt; wenigstens hat er nicht den Mut gehabt, diese Forderung mit einem runden Nein zu beantworten. Er hat den Warschauern vielmehr ganz offenkundig die Vorhand eingeräumt, für den Fall, daß die neue freie Stadt, die sich, weil die Japaner es so wollen, nicht als Hanseatenstadt bezeichnen darf, jemals in die Gefahr militärischer Verwundungen geraten sollte. Derartige Nachgiebigkeiten gegenüber einer Nation, die jedes Augenmaß über die Grenze ihrer Zukünftigkeit verloren hat, zeigen lediglich zu immer neuen Gewalttaten, und so kann man nur sagen, daß der Völkerbund die Behauptung, die er sich jetzt von polnischer Seite gefallen lassen muß, redlich verdient hat.

Oder was soll man zu der Vorsicht sagen, mit der die deutsche Frage in Genf umgangen wird. Die Frage, ob es erlaubt sei, mit Deutschland schon irgend welche geregelten Beziehungen anzunehmen. Der erste, der den Mut hatte, in dieser Richtung einen kräftigen Vorstoß zu unternehmen, war der argentinische Minister des Auswärtigen. Mund heraus erklärte er der Versammlung, daß kein Land gar keine Schwermützigkeiten gehabt habe, die Pflichten der Neutralität im Weltkriege auch Deutschland gegenüber aufrechtzuerhalten. Selbst während der überaus schwierigen Zeiten des U-Bootkrieges habe Deutschland die argentinischen Farben sorgfältig respektiert. Sogar in den Sperrzonen, wo es wirklich nicht leicht war, so weitgehende Rücksichten zu nehmen. Leider eine verspätete, eine sehr verspätete Anerkennung der Seefriedensführung Deutschlands. Warum wohl haben nicht wie Argentinien, auch andere unbedeutende Länder an ihrer Neutralität festgehalten, sondern sich von den Feinden ins Schlepptau nehmen lassen? Wieso jetzt nicht auch gegen Deutschland vorgegangen werden, die Erkenntnis dämmern, daß hier die Schuld durchaus nicht bloß auf deutscher Seite gelegen hat? Aber weiter: Auch Herr Barnes, der englische Arbeitsminister, bricht im Namen der britischen Arbeiterkassen eine Lanze für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Er findet manches fröhliche Wort zur Kennzeichnung der Tendenzen, die Deutschland durchaus noch länger in seiner jämmerlichen Isolierung festhalten wollen. Er verurteilt den Haß, von dem man sich immer noch nicht frei zu machen vermag, und verlangt Aufklärung darüber, warum der Völkerbundrat den russisch-polnischen Krieg nicht verhindert habe. Aber er fand mit alledem nur mäßigen Beifall. Man hauchte ihn an wie ein Wundertier, das sich in ungewohnter Umgebung nicht recht zu benehmen weiß, und über das man am zweckmäßigsten mit höflich mißbilligender Kopfbewegung zur Tagesordnung übergeht. Was uns Deutschen im Grunde ja solange nur recht sein kann, als der Völkerbund das bleibt, was er ist und sein will: ein Instrument zur unheimlichigen Durchführung des Vertrages von Versailles.

Außerordentlich gut paßt in diesem Rahmen die Mitteilung, daß die internationalisierte Völkervereinigung neuerdings

von Deutschland die Ablieferung der beiden Seppel-Luftschiffe fordert, die wir uns gerade noch aus dem fürchterlichen Zusammenbruch unseres Luftverkehrs gerettet haben. Jetzt sollen auch noch die „Bodensee“ und der „Nordstern“ genommen werden als Ersatz für zwei zerstörte deutsche Luftschiffe, vorbehaltlich weiterer Ersatzforderungen für die übrigen zerstörten Luftschiffe. Die deutsche Regierung vertritt natürlich den Standpunkt, daß solche Ansprüche nicht mehr erhoben werden können, weil alle während des Waffenstillstandes vorgekommenen Verluste durch das Scapa Flow-Protokoll ausgeglichen sind. Aber wird sie damit Erfolg haben? Und ist es nicht höchst, daß gerade während der Völkerbund in Genf versammelt ist, diese neue Zumutung und Demütigung uns angefochten werden? Die Ohnmacht dieses Gebildes, mit dem angeblich eine neue Epoche der Weltgeschichte eingeläutet worden ist, kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch diese neue Forderung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Deutsche Note über die Monachauer Bahn. In der Frage der Monachauer Bahn hat die deutsche Regierung an die Friedenskonferenz in Paris, an das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf und an sämtliche in der Grenzfestsetzungskommission vertretenen Regierungen, also auch an England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan, eine neue Note gerichtet. In dieser Note wird der vorliegende Fall als in herkömmlichem Maße geeignet bezeichnet, durch ein Schiedsgerichtsverfahren erledigt zu werden.

Das Stimmrecht der Oberschlesier. Aus Paris wird gemeldet, daß in der Vorkonferenz über die Volksabstimmung in Oberschlesien ernste Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien. England wünscht, daß alle in Oberschlesien Geborenen zur Volksabstimmung zugelassen werden ohne Rücksicht darauf, ob sie, vom Jura der Geburt abgesehen, irgendwie berechtigt erscheinen, im Namen der Bevölkerung des Landes zu sprechen. England sieht in der Auslegung der betr. Bestimmung des Versailler Vertrages, die nicht ganz klar sei, völlig isoliert da. Man könne hoffen, daß es bald zu einer Einigung kommen werde. — Demgegenüber bestimmt indessen der Wortlaut des Friedensvertrages ganz klar, daß — neben den dort bis zu einem gewissen Zeitpunkt Angehörigen — alle in Oberschlesien Geborenen das Stimmrecht haben. Der von den Franzosen im polnischen Interesse bekämpfte Wunsch Englands deutet sich also vollkommen mit den Vertragsbestimmungen.

Verpflichtung der Schlichtungsordnung. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist der schon lange angekündigte Entwurf einer Schlichtungsordnung jetzt fertig. Die Beratungen mit der aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehenden Kommission sind abgeschlossen worden, und das Gesetz soll, nachdem es dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt hat, spätestens Anfang Januar nächsten Jahres dem Reichstag zugehen.

Demonstration im bayerischen Landtag. Im bayerischen Landtag hat der Abgeordnete Leonard für die Unabhängige sozialdemokratische Partei eine längere Erklärung verlesen, in der die Geschäftsführung des Landtagspräsidenten Königbauer beanstandet und angegriffen wird, er habe schwer beleidigende Beschimpfungen des Abg. Heide gegen den Abg. Garel (U. S. V.) nicht gerügt und die Redefreiheit des Abg. Neumann (U. S. V.) verfassungswidrig beschränkt. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag Heide (Bayr. Lp.) auf ein Vertrauensvotum für den Präsidenten mit allen Stimmen gegen die der U. S. V. angenommen. Abg. Leonard (U. S. V.) erklärte hierauf, daß keine Fraktion nach dieser Abstimmung den Abg. Gähler beauftragt habe, sein Amt als zweiter Vizepräsident so ort niederzulegen, und sich nicht mehr am Präsidium beteiligen werde.

Italien.

Das Frauenwahlrecht. Nach einer Meldung aus Rom hat die Kammer mit 240 gegen 10 Stimmen einen Zusatzantrag zum Gemeindegewählgesetz angenommen, nach dem den Frauen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird wie den Männern. Ein Antrag zugunsten der Wahlpflicht wurde mit 144 gegen 78 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag zugunsten des Wahlrechts der Unteroffiziere und Soldaten.

Berlin. Die Reichsgetreidestelle hat bis Mitte November, also in den ersten drei Monaten dieses Wirtschaftsjahres, eine

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Selterereignisse

- Die Reichsregierung hat an den Völkerbund einen Protest gegen die Mandatsverteilung der früheren deutschen Kolonien gerichtet.
- Die angekündigte Schlichtungsordnung soll dem Reichstag im Januar zugehen.
- Das Reichsgericht hat Sachsen, Hamburg und Bremen zur Wiedereinführung des Religionsunterrichts verurteilt.
- Der neue sächsische Landtag ist auf den 8. Dezember eröffnet worden.
- Im Befinden der erkrankten normaligen deutschen Kaiserin ist eine leichte Besserung eingetreten.
- Es verläutet, daß die Fernsprechnetze vermodern werden sollen.
- In Italien ist den Frauen das Gemeindegewählrecht verliehen worden.
- Die amerikanische Regierung lehnt die Anerkennung Somalilands rundweg ab.
- Die Königin-Mutter Olga hat die Regentenschaft in Griechenland übernommen.

Million Tonnen Auslandsgetreide aufgekauft. Damit ist die Hälfte des für die Vorkonferenz dieses Wirtschaftsjahres benötigten Auslandsgetreides bereits gesichert.

Reichsrecht bricht Landesrecht.

Wiedereinführung des Religionsunterrichts.
In dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Errichtung von Religionsunterricht an den Volksschulen hat das Reichsgericht dahin entschieden, daß die Bestimmung des sächsischen Verfassungsgesetzes vom 22. Juli 1920, wonach künftig in den staatlichen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch steht. In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch die der Besfall des Religionsunterrichts in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 ab angeordnet ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Landesrecht bricht, sieht durch diese mit Gesetzeskraft ausgestattete Entscheidung des Reichsgerichts einseitig fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Hamburg und Bremen über die gänzliche Abschaffung des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung verloren haben, und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Schulfach in den Schulen gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung eingeführt oder aufrechterhalten werden muß.

Vom Lohnkampflplatz.

Berlin. Tarifabschluss im Buchdruckgewerbe.
Nach vierwöchigen Tarifverhandlungen im Deutschen Buchdruckgewerbe haben sich die Vertreter beider Parteien verständigt. Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ist erneuert worden. Ein neuer Lohnstarif für die Gewerkschaft, verbunden mit einem Reichstarif für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren zum Abschluß gekommen.

Berlin. (Drohende Beamtenstreiks.) Eine erregte Versammlung von etwa 10000 Beamten und Angehörigen des Hamburger Staates forderte in einer Entschiedenheit an die Reichsregierung kategorisch mit Rückwirkung vom 1. Oktober ab Erhöhung der Teuerungszulagen auf 75 %, Mindestteuerungszulagen von 7000 Mark, Erhöhung der Kinderzulage um 100 %, gleiche Teuerungszulagen an Pensionäre und Hinterbliebene, sofortige Verbilligung der Lebensmittel usw. Die ganze Beamtenschaft Deutschlands sei gewillt, zu den härtesten Mitteln zu greifen, um diese Forderungen durchzusetzen. — Die Beamtenschaft im Ruhrbezirk fordert eine sofortige Erhöhung der Teuerungszulagen von 50 auf 75 %. Da bisher noch keine Einigung über diese Erhöhung erzielt werden konnte, beabsichtigt die gesamte Beamtenschaft, in einigen Tagen in den Auslandsverkehr zu treten, falls nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine bindende Zusage seitens des Reichsfinanzministers erfolgt ist.

Zweimal gelebt.

Aus dem Englischen von G. Wehner.

77) (Nachdruck verboten.)

Vielleicht werden uns wieder Kinder geschenkt, die mich lieben, wie ich meinen Vater liebte, und Margarete wird zu mir aufwachen mit Liebe, Vertrauen und Hochachtung, wie meine geliebte Mutter zu meinem ehrenhaften Vater aufwachte. Und alle Welt wird Robert von Arstein als über jedes Unrecht erhabenen betrachten. Meine Väter und alle meine Untergebenen werden mich lieben, ich kann ihre Interessen wahren und ihnen Gutes zuwenden, wenn ich sie im Parlament vertritt. Ich werde also in jeder Hinsicht als ehrbarer, hochgeschätzter Mann dastehen. Es ist freilich des Teufels Anteil — aber dem Anschein nach das Leben eines Engels!

Hier stockte der Baron in seinem leisen Selbstgespräch. „Wie ist, als ob der Teufel selber mich auslöste — er weiß, daß auch mein Leben einmal zu Ende geht und er mich dann sicher in den Krallen hat. Bis dahin — bis zu meinem Tode führe ich das Leben eines elenden Geschlechts. Was soll ich tun?“

Gleichsam als Antwort auf diese in bitterster Verzweiflung hervorgegangene Frage klopfte es abermals an die Tür. Arstein war heilig zusammengesunken, dann öffnete er und prägte erschrocken zurück, als er Margarete vor sich erblickte.

„Ich habe gar keine Zeit, Marga, bitte, sühne mich nicht“, empfing er sie.

„Statt jedoch zurückzuführen, trat seine Gattin über die Schwelle.“

„Du bist ja ganz allein“, sagte sie, sich in dem großen, dunklen Raum umsehend. „Was tust Du, Robert? Du siehst so müde und abgesehen aus. Wir sind schon mit dem Essen fertig. Unten Bildenstein ist auch gekommen, er möchte Dich gern sehen. Sie wundern sich alle, daß Du Dich gar nicht bilden läßt. Willst Du nicht mit mir kommen?“

„Ich komme nachher. Erst muß ich reichlich über etwas nachdenken.“

Die Baronin stellte sich so, daß sie das Antlitz ihres Gatten im vollen Lichte sehen konnte. Ein Lächeln in seinen Augen beruhigte ihr Herz eigentümlich, und sie schlang zärtlich die Arme um seinen Hals.

„Denke jetzt nicht mehr nach, Pfeffling“, bot sie sonst. „Sieh einmal, wenn Du auch jetzt gesund bist, so darfst Du nicht vergessen, daß es eine Zeit gab, wo Du sehr, sehr krank warst. Du hast noch nicht zu Mittag gegessen. Es ist wirklich nicht recht von Dir, daß Du so wenig auf Deine Gesundheit achtest. Komm mit mir, Robert, ich bitte Dich.“

„Nein, nein, jetzt nicht“, entgegnete er. „Ich muß erst mit mir über etwas einig werden, sonst finde ich doch keine Ruhe.“

„Wirst Du mir nicht anvertrauen, was Dich quält? Vielleicht kann ich Dir helfen.“

„Nein, lieber Schatz, das kannst Du nicht, höchstens dadurch, daß Du mich jetzt verläßt.“

„Hat es etwas mit Deinen Abrechnungen zu tun?“ fragte Margarete, auf den Stoß Papiere auf dem Schreibtisch deutend. „Wenn ja, dann könnte ich Dir gewiß helfen, ich habe Anteil früher so oft rechnen helfen.“

„Es hat nichts damit zu tun, es ist ein psychologisches Problem, Marga.“

„Ach Robert, wie geheimnisvoll Du tust“, bemerkte sie mit leisem Lächeln; als sie jedoch seinen Blicken begegnete, legte sich ihr eine ganze Sorge auf's Herz.

„Ich wünschte wirklich, Du liegest mich Dir beistehen.“

„Du kannst es nicht!“ verzogte er fast unwillig; denn der Ausdruck in ihrem schönen Antlitz sagte neuen Schmerz zu seiner ohnehin übergroßen Qual. „Ich möchte wirklich allein sein, Marga, um nachzudenken. Wenn ich das Rätsel gelöst habe, komme ich, eher nicht.“

„So sollen wir nicht auf Dich warten, Robert? Es ist schon neun Uhr vorbei.“

„Nein, gehe nur zu Bett, Marga. Laß die Seiten offen, damit ich ins Haus kann.“

Margarete näherte sich der Tür nur mit Widerstreben. Auf der Schwelle drehte sie sich nochmals um und sah ihren Gatten voll ins Gesicht.

„Ich sehe, daß Dich irgend etwas fürchterlich quält. Bester Robert“, bemerkte sie sanft. „Ich bin überzeugt, daß Du stark genug bist, das rechte herauszufinden. Was Dich bedrückt, ahne ich nicht einmal. Wenn Du aber über ein moralisches Problem nachgrübelst, dann kann der Ausgang in nichts anderem bestehen, als in dem Sieg des Guten über das Böse.“

„Marga, Marga, Du machst mich wahnsinnig“, rief er halbtaub, als sie sich zum Gehen wandte. Seine Stimme war jedoch so heiser, daß sie seine Worte nicht hörte. Er lauerte ihren sich entfernenden Schritten, dann verschloß er die Tür abermals.

„Als Dir sprach Gott und mein guter Engel“, flüsterte er erschüttert wie im Gebet. Dann sank er stöhnend in den Stuhl und murmelte: „Soll ich den Weg der Sünde einschlagen, so möge die Macht des Bösen mir Kraft verleihen.“

Kaum waren diese sündhaften Worte im Tone einer Versicherung aus seinem Munde gekommen, da stürzte ihm ein übermaliges Klappen an der Tür aus seinem Gedächtnis.

Margaretes Stimme rief:

„Ruh auf, Robert, ich bin es!“

Er öffnete.

„Es tut mir leid, daß ich Dich nochmals stören muß, aber Du mußt sofort mit mir kommen. Wer, meinst Du, ist soeben angekommen?“

„Ich habe keine Ahnung“, stammelte er verwirrt. „Ein alter Freund von Dir und mir, Dr. Romberg.“

„Romberg — ah!“ verzogte Arstein, erschrocken aufspringend. „Das ist ein Verbindeter, der unbedingt auf Deiner Seite stehen wird!“

„Auf meiner Seite?“ fragte die Baronin erstaunt. „Das ist nicht beirr, was er meint.“ (Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

(Aus der 81. Sitzung.)

Vor schwach besuchtem Hause wurde die sozialdemokratische Interpellation betr. die Sozialisierung des Kohlenbergbaus behandelt. Vorher wurde der Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs dem Steueransatz überwiehen.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „In die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den schon wiederholt und besonders eindringlich nach dem Abkommen von Spa ausgefallenen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorlegen wird und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf einen Gewinn, Kapital- oder Ertragsanteil der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchzuführen wird?“

Zur Beantwortung erhielt der Abg. Köster (Soz.) das Wort. Der Reichsminister Trautmann erklärte, dass die Reichsregierung die Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehen werde und dass der Reichsminister dafür Sorge zu treffen habe, unverzüglich die weitere Erörterung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisationskommission vorliegt. Dann hat das Reichskabinett den Wirtschaftsminister aufgefordert, umgehend den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen. Schließlich hat der Reichsminister v. Hammer dem Reichswirtschaftsminister erklärt, dass das Reichskabinett heute noch keine Entscheidung über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus getroffen hat. Danach hat die Regierung dem Reichstag die Vorlegung eines Gesetzes perorieren. Seitdem herrscht über allen Regierungswirbeln Ruhe. Ich frage daher, auf welchem Standpunkt steht die Regierung jetzt? Wie müssen heute eine klare und klare Antwort bekommen. Die Frage ist, ob der Bergwerksbetrieb ein privatrechtliches Monopol bleiben soll oder ein gemeinschaftliches Unternehmen, das dem Volkswirtschaften zu dienen hat. Der Minister verbeugte sich dann über den Bergbau und erklärte am Ende: „Die Bergarbeiter wollen nur ihre Arbeit in den Dienst des Volkes stellen, werden sie aber von der Regierung erfüllt, dann ist vielleicht nicht mehr möglich, das Abkommen von Spa zu erfüllen.“

Antwort der Regierung.

Reichswirtschaftsminister Schulz: „Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. 10. einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaus mit arbeitsmäßiger Beschleunigung der gesetzgebenden Arbeit vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates und des Reichskohlenrates über die Bedingungen des Entwurfs noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaus bestehende Sachverständigenkommission durch weitere Sachverständige ergänzt worden, um endgültig eine gemeinsame Grundlinie für diese entscheidende Frage der Bergbauverwaltung zu finden. Die Kommission beabsichtigt, ihre Verhandlungen am 1. Dezember dieses Jahres aufzunehmen. Solange die berufenen Sachverständigenvertreter noch in ausgedehnten Verhandlungen über einseitige, aus gemeinsamer Verständigung hervorzuwachsenden Richtlinien beraten, wäre es eine nicht genügende Beachtung kaufmännischer Mitarbeit und der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen endgültigen Beschluß über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mitteilung über dessen Richtlinien machen würde.“

Dieser Erklärung folgte der Reichswirtschaftsminister noch einige Bemerkungen hinzu. Der Abg. Köster hat an die Regierung die Frage gestellt, ob sie noch wie vor bereit sei, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaus vorzunehmen. Ich kann versichern, daß die Reichsregierung dabei einen vorgehenden und wohlüberlegten Weg einschlagen wird. Die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung ist einfach zu lösen. Ich bin auch der Abg. Köster anerkannt. Diese Aufgabe dürfte mit großer Deutlichkeit aus dem Bericht hervorgehen, daß die Partei der Interpellanten, die anderthalb Jahr lang nicht allein, teils mangelnd in der Reichsregierung gelassen hat, einen solchen Weg während der Zeit ihrer mangelnden Tätigkeit und nicht vorzuschlagen vermochte. Es wäre nach Auffassung der Reichsregierung vermissen, wenn wir in dieser außerordentlich schwierigen Frage

unter Nichtachtung derjenigen Beratungen vorgehen, die gerade im Augenblick unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete stattfinden. Wir müssen vielmehr heute, wie immer, alle Parteien dieses Hauses bitten, in dieser für unser volkswirtschaftliches Leben so außerordentlich einschneidenden Frage unter Zurückstellung aller parteipolitischen Ansichten, sich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus mit uns und mit den Sachverständigen zu prüfen, welche Erledigung dieser Frage uns nützen könnte. Deshalb kann die Regierung im gegenwärtigen Augenblick, wenn sie ihre Aufgabe ernst aufnimmt, den Beratungen der Sachverständigen nicht vorübergehen.

Sie muß mit ihnen wünschen, daß sie gelassen möge zum Segen unseres Vaterlandes.“

Versprechung der Interpellation.

Abg. Wolf (Centr.) erklärte, daß seine Fraktion die Erklärung der Regierung billige, und daß sie es nicht für zweckmäßig halte, jetzt in eine materielle Beratung der Frage einzutreten.

Abg. Leopold (deutsch-nat.): Wenn die Sozialdemokratie jetzt so laut und gebieterisch die Sozialisierung fordert, so kann dies nur durch Gründe der Propaganda und der Laune diktiert sein. Die wirtschaftliche Situation unseres Volkes ist so düster wie nie zuvor. Die beiden bisherigen Sozialisationskommissionen sind beratschlagend zusammengestellt gewesen, daß die maßgebenden Personen des Wirtschaftslebens dabei nicht zu Worte gekommen sind. Ja, sie sind sogar beiseite geschoben mit Personen, die die deutsche Wirtschaft nicht verstehen. Eine Vollsozialisierung dieser Art kann weder eine Verbilligung der Kohlen, noch eine Steigerung der Förderung bringen. Sie wäre alles andere, nur nicht sozial. Wir lehnen eine Entwicklung auf dem vorgeschlagenen Wege ab, weil uns das Leben unseres Volkes zu teuer für derartige Experimente ist. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft allein kann uns wieder hochbringen.“

Abg. Dr. Curtius (Deutsche Op.) machte geltend, daß seine Partei das Verfahren der Regierung billige, und daß man die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates abwarten müsse. Nach der Richtungsweisung sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. In der Sozialisationsfrage darf das Reichswirtschaftsministerium und der Reichswirtschaftsrat nicht gegen und durcheinander arbeiten. Wir müssen warten, bis alle Verhandlungsstellen im Reichswirtschaftsrat erledigt sind. Die jetzige Begründung der Interpellation ist ein Rückfall in die Zeit des Generalstreiks. Auf diesem Wege werden wir nicht folgen. Wir wollen den, allerdings schmalen Weg der Verständigung weiter gehen, den der Reichswirtschaftsrat eingeschlagen hat.“

Abg. Reich (Part. Op.): „Im Hinblick auf die Erklärung der Regierung und in der Erwartung, daß bald eine Vorlage über den Kohlenbergbau eingebracht wird, leben wir jetzt von einer Erörterung des Problems ab, möchten aber betonen, daß in einer wirtschaftlich sehr wichtigen Frage nicht nur die direkt beteiligten Kreise gehört werden, und daß das Problem nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt werden darf.“

Abg. Henke (Unabh. rechts): „Von der jetzigen Regierung ist alles andere als eine Förderung der Sozialisierung zu erwarten. Eine bürgerliche Partei nach der anderen hat sich hinter diese Regierung gestellt. Es heißt die Deutsche auf die Spitze treiben, wenn die Reichsparteien, die auf volkswirtschaftlichem Wege den Kapitalprofit sichern wollen, uns den Vortritt machen, wirtschaftliche Dinge auf volkswirtschaftlichem Wege zu lösen. Wir werden die Verantwortung darüber aufklären, was sie zu tun hat mit ihrer Forderung, dennoch durchzuführen. Die Bergbaukapitalisten tragen die Hauptlast an der Verlängerung des Krieges und an unserer schlechten Wirtschaftslage. Sie waren immer auf den eigenen Sack bedacht. Ein Verbotswort sollte sogar, daß sein Sohn sehr brav sei, damit sein Unternehmen den Schatz der nachfolgenden Regierung genieße. Was wir von den leeren Versprechungen der bürgerlichen Kreise zu halten haben, wissen wir jetzt. Kein Arbeiter sieht sich heute noch durch dieselben Schwindelmänner täuschen. Die Arbeiterschaft wird mit Entschiedenheit, aber auch mit Mäßigkeit und Besonnenheit an ihren Zielen festhalten. Wir fordern die Sozialisierung zum Wohle des ganzen deutschen Volkes.“

Abg. Schiller (Centr. Op.) gab im Namen seiner Partei eine Erklärung ab, in der gefordert wird, daß unverzüglich in eine Prüfung der Wege eingetreten werde, die zu dem Ziele führen, der Arbeiterschaft einen größeren Anteil an ihren Zielen zu verschaffen und den Erträgen der Wirtschaft zu sichern. Diese Prüfung müsse im Hinblick auf die Tragweite der zu treffenden Entscheidung gründlich und eingehend sein.

Abg. Roemer (Unabh. links): Die Interpellation ist nur Scheinheil. Die Reichsparteien hatten ja auch einmal den Auftrag, die Sozialisierung durchzuführen, aber sie haben versagt. Wir brauchen den laienhaften Staat, die kommunistische Gesellschaft. Das Volk rüht sich zu neuen Kämpfen. Durch Beibehaltung der Betriebe werden wir den Kapitalismus zerstören.“

Auf diese Rede antwortete der Abg. Jansche (Soz.) mit dem Hinweis, daß der Abg. Roemer mit seinen Ausführungen die Arbeiterschaft auf den Plan rufen werde. Herr Roemer pflegte immer sehr mäßig für den Kampf des Volkes zu sprechen, während er selbst diesen Mut nicht bewiesen habe. Damit schloß die Besprechung der Interpellation, und das Haus vertagte sich.

Volkswirtschaft.

Schärfere Erfassung des Salers. Offiziell wird gefordert: Von zahlreichen Seiten kommen Klagen über die schlechte Andienung von Saler. In den Großstädten droht die Versorgung der gewerblichen Betriebe mit Saler

in Stocken zu geraten. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Saler durch die Eisenbahnen ist gefährdet. Eine baldige Besserung der Salerandienung, insbesondere auch der Abgabe auf die „eugischeine“ ist daher dringend zu erwünschen. Es werden zurzeit stärkere Maßnahmen zur Erfassung des Salers erwogen; wie verlautet, kommt dabei in erster Linie in Betracht, eine Reichsbehörde einzurichten, die für die Salerlieferung verantwortlich ist.

Von Nah und Fern.

Briefverkehr nach Sowjetrußland. Nach Mitteilung des Reichspostministeriums ist jetzt ein beiderseitiger Briefverkehr nach Sowjetrußland und umgekehrt; die deutsche Post für Rußland wird einheitlich nach Arkhangelsk und Moskau geleitet, und zwar am Kontinuum jeder Woche. Die für Sowjetrußland aus dem Reich aufbereitete Post wird in Berlin gesammelt. Einseitige Briefe sind noch nicht zugelassen; eine Briefbeschränkung nach der Ukraine ist gegenwärtig nicht möglich.

Wiedereröffnung des Verkehrs nach Amerika. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß sie in Vereinbarung mit der United Fruit Company eine regelmäßige Posten- und Passagierverbindung Hamburg-Newport mit dem am 25. Dezember von Newport abgehenden Dampfer „Mount Clay“, dem ehemaligen deutschen Dampfer „Brig. Graf Friedrich“, wieder aufnimmt. Die erste Abfahrt des Schiffes von Hamburg nach Newport findet voraussichtlich am 15. Januar 1921 statt.

Ein verunglückter Gelehrter. Professor Dr. Udo Dammer, der frühere Kultus- und Botanischer Garten in Berlin-Dahlem, ist auf einer Wagenfahrt von dem durchgehenden Gespann gegen einen Chauffeur geplatzt und dabei tödlich verletzt worden.

Eine schwere Zündhütchenexplosion ereignete sich im Hofe eines Berliner Wohnhauses. Durch die Explosion wurde eine Person getötet, während zwei andere nicht unbedeutend verletzt wurden. Fast alle Fensterscheiben des Wohnhauses wurden zertrümmert.

Der Mörder Rosa Luxemburgs entdeckt? Ein im Erfurter Garnisonlazarett liegender angeblicher Fliegeroberleutnant namens Karl Heinz Hoffmann aus Bünzburg beschuldigte sich, der Mörder Rosa Luxemburgs zu sein. Hoffmann ist Morphinist. Die Ermittlungen über seine Persönlichkeit sind im Gange.

Besserung im Befinden der früheren Kaiserin. Im Befinden der früheren Kaiserin, das sich in den letzten Tagen verschlechtert hatte, ist eine letzte Besserung eingetreten. Die Ärzte haben Bettruhe und größte Schonung angedeutet.

Gerichtshalle.

Der Schleichhandel des Hotelbetriebs. Vor einem Berliner Richter gelangte die Strafsache gegen Direktor Brändtner vom Edenhotel in Berlin, dessen vor kurzem erfolgte Verhaftung großes Aufsehen erregte, zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde beschuldigt, vom Mai bis September dieses Jahres rationierte Waren im großen Umfang — nach den Angaben eines Sachverständigen handelte es sich um Waren im Werte von 1.118.070 Mark — im Schleichhandel aufgetrieben und in dem von ihm geleiteten Hotel verwendet zu haben. Brändtner, der früher im Edenhotel Oberkellner war, bezeichnete das „Eden“, in dem u. a. 55 Mitglieder der Enquete-Kommission wohnten, als Kurshotel und meinte, daß ein solches Hotel nicht nach dem allgemein gültigen Maßstab gemessen werden dürfte. Im übrigen wies der Angeklagte darauf hin, daß genau so wie er noch zahlreiche andere Hotelbetriebe in Berlin gehandelt hätten, da die großen Gastwirtschaften mit den ihnen zugewiesenen Lebensmitteln nicht auskommen könnten. Obwohl ihm Sachverständige aus dem Gastwirtsberuf bezeugten, daß die Gastwirte auf Verträge durch den Schleichhandel angewiesen seien, kam das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis und 200.000 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis, 150.000 Mark Geldstrafe und Ehrverlust auf drei Jahre beantragt. Der Hotelbetrieb darf wieder aufgenommen werden; dem verurteilten Direktor bleibt jedoch der Handel mit Lebensmitteln untersagt.

Verstohene Flugzeuge. Der Flugzeugführer Ulrich H. aus Berlin, der vom Reichsverwertungsamt Berlin drei Flugzeuge fälschlich erworben und ohne Ausfuhrerlaubnis zwei von ihnen nach Dänemark ausgeführt hatte, wurde in Kopenhagen wegen Vergehens gegen die Vorschriften und gegen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe von 20.000 Mk. verurteilt. Auch wurde auf Einziehung des Wertes der beiden verkauften Flugzeuge im Betrage von 28.000 Mk. erkannt.

Zweimal gelebt.

Aus dem Englischen von G. Wehner.

(Wohlbekannt verboten.)

„Ich kann mich jetzt nicht deutlicher erklären. Ich möchte Ihnen sprechen, Marga. Ich kann ich etwas fragen, was ich nicht fragen kann — bitte ihn, er möchte gleich zu mir kommen.“

„Er wird sofort kommen“, gab sie zurück. „Ich, ich bin so froh, daß er hier ist.“

Sie lief schnell in das Haus zurück, und traf den Arzt in der großen Halle.

„Ich gratuliere Ihnen von ganzem Herzen, meine liebe, geliebte Frau“, begrüßte Dr. Romberg sie, ihr schnell entgegengehend. „Ihr Brief enthält so erfreuliche Nachrichten, daß ich nicht umhin konnte, schnell einmal nach Großhofen zu fahren und mit meinen sündigen Patienten anzusehen. Ich nehme Ihnen Herrn Gemahl noch immer meinen Patienten. Ist es wirklich wahr, daß er vollständig gesund ist?“

Margarete blinnte ihn mit ihren großen Augen ernst an.

„Vor einer halben Stunde noch würde ich Ihre Frage mit „ja“ beantwortet haben“, versetzte sie lächelnd, „aber jetzt —“ sie stockte.

„Geben sich die alten drückenden Symptome wieder gezeigt?“ fragte der Arzt.

„Nein, das nicht gerade. Vielleicht war die Aufregung, welche unsere Rückkehr hierher nach sich zog, zuviel für Roberts Nervensystem. Wollen Sie einen Augenblick mit mir in die Bibliothek treten, Herr Doktor?“

Sie öffnete die Tür und trat ein. Doktor Romberg folgte ihr.

„Ich habe Ihnen von untertoben“, fuhr Margarete fort, „daß meines Mannes Gesundheit vom Tag zu Tag erfreuliche Fortschritte machte. Er genas allmählich an Körper und Geist. Heute morgen noch dünkte er mich der körperlich Geundesten und geistig Tüchtigsten einer. Sie wissen, Herr Doktor in

den fünf Jahren, da die düsteren Wolken seinen Geist umschatteten, hatte er weder Lust zum Leben noch überhaupt zu einer Beschäftigung irgend welcher Art. Jetzt interessiert er sich lebhaft für alles, er hat sich als Kandidat für Großhofen ausstellen lassen und ist heute als solcher ins Parlament gewählt worden.“

„Das klingt alles recht verheißungsvoll, meine gnädige Frau“, entgegnete der Arzt, „aber ich glaube, es Ihnen ersten Wunsches zu schließen, daß eine geheime Sorge Sie bedrückt.“

„Ja, Herr Doktor, dem ist leider so. Mein Wesen gefällt mir heute abend gar nicht. Den ganzen Tag war er in Gedanken abwesend. Statt nun nach seiner Rückkehr wie gewöhnlich zu uns zu kommen und mit uns zu essen, schloß er sich im Bureau ein. Dort weilt er jetzt noch. Er arbeitet nicht, er grübelt nur über etwas nach und sagt, er müsse erst ein moralisches Problem lösen, und bevor er das nicht erreicht, will er das Bureau nicht verlassen.“

„Er übertrifft es, wie mir scheint“, wozu der Arzt ein. „Das ist auch meine Ansicht, Herr Doktor. Ich sage ihm jedoch, daß Sie angekommen seien; er hat mich, Sie so gleich zu ihm zu schicken. Wollen Sie gehen?“

„Über mit Vergnügen.“

„Sie müssen eigentlich erst eine Kleinigkeit essen.“

„Nein, danke, jetzt nicht, gnädige Frau.“

Die Baronin geleitete Dr. Romberg auf einem Seitenwege in das Wirtschaftsgebäude. Die Tür zum Bureauzimmer war diesmal nur leicht angelehnt. Margarete trat ein, der Arzt folgte ihr.

„Nun, lieber Freund“, begrüßte der letztere in seiner jovialen Weise den Baron, „ich freue mich von ganzem Herzen, Sie wieder auf Ihrem alten Plage zu finden. Der Brief Ihrer Frau Gemahlin enthält so erfreuliche Nachrichten, daß ich der Berührung, Sie wiederzusehen, nicht widerstehen konnte.“

„Ich fühle mich wohl und munter“, entgegnete Arfstein.

„Bitte, nehmen Sie Platz, lieber Doktor. Marga, bist Du lächelnd, wenn ich Dich bitte, und ein Weilchen allein zu lassen?“

„Nicht im geringsten, Robert“, versetzte sie lächelnd. „Ich vertraue Dr. Romberg voll und ganz, er wird Dich schon zur Vernunft und zum Aufgeben Deiner Gräueltaten bringen!“

„Sie weiß nicht, was sie spricht“, dachte ihr Gatte kummervoll bei sich. Er geleitete sie bis an die Tür und verschloß diese hinter ihr.

„Es ist eine seltsame Fügung, Herr Doktor“, begann er, als er mit Dr. Romberg allein war, „daß Sie gerade in die Stunde mich aufsuchen. Sie waren mit mir in den furchtbarsten Stunden meines Lebens, als mein Körper und mein Geist Schiffbruch erlitten — Sie kommen jetzt, wo mein moralisches Gefühl entweder Schiffbruch leidet oder — den Sieg davonträgt.“

„Ihr moralisches Gefühl Schiffbruch leidet oder den Sieg davonträgt?“ wiederholte der Arzt mit fragendem Blick. „Wie soll ich das verstehen?“

„Ach, lieber Doktor, ich bin der unglücklichste Mensch auf der Welt, ich trage ein schreckliches Geheimnis mit mir herum.“

„Ja, ein schreckliches Geheimnis. Wird dieses offenbar, so bricht meiner armen Marga das Herz, und das alte, stolze Geschlecht der Arfsteins fällt zusammen — von mir, dem letzten seines Stammes gar nicht zu sprechen.“

„Wollen Sie mir Ihr Vertrauen schenken, Arfstein?“ fragte Dr. Romberg nach einer Pause in erstem Tone.

„Ich kann nicht! Ich kann aus dem einfachen Grunde nicht, weil Ihnen — wenn ich Ihnen alles erzähle — als Ehrenmann gar nichts anderes übrig bleibt, als den sofortigen Zusammenbruch herbeizuführen.“

„Sind Sie auch sicher, daß Sie nicht abermals unter dem Einfluß einer Halluzination stehen?“

(Fortsetzung folgt.)

Plötzlich und unerwartet verschied am Sonntag Mittag unser
liebes Söhnchen, mein liebes Bruderherz

Werner

nach nur viermonatigen Erdenwallen.

Dies zeigen im tiefsten Schmerze an
die tieftrauernden Eltern

**Wachtmeister Trepte u. Frau
nebst Töchterchen.**

Ottendorf-Okrilla, den 29. November 1920.

Kaufmännische u. gewerbliche
Drucksachen jed. Art

liefert schnell, sauber und billig, in ein- und
mehrfarbiger Ausführung die Buchdruckerlei von
Hermann Kühle, Ottendorf-Okrilla

Ideal ist und bleibt meine
Jauchepumpe „Hochflut“

D. R. P. D. R. G.-M.

„Hochflut“ bietet das Beste vom Besten, übertrifft für jeden Kenner alle
bisherigen Fabrikate und ist nicht Quantitäts- sondern

Qualitätsware

weil sämtliche Teile aus **hochwertigen Guss** hergestellt sind.

Der Zylinder besteht aus einem Stück
und kann sich daher nicht ausheuern. Einfrieren, Einrostern vollständig
ausgeschlossen. Ganz beliebig verstellbarer Ausguss wird durch Lösen nur einer
Schraube erreicht. **Kolben** wird durch eine **Fettichtung dauernd ein-**
gesetzt und ist diese durch patentierte Anordnung jederzeit nachstellbar, daher

unbegrenzte Haltbarkeit.

Die zusammenhängenden, kegelförmigen, genau eingedrehten Ventile, sind mit
einem Griff herausnehmbar und ermöglichen ein leichtes Durchbringen auch der
dicksten Kloake.

Kinderleichte Handhabung
bei einer stündlichen Leistung von ca. 22.000 Liter.

**W. Wolf, Maschinbau
Hermsdorf bei Dresden.**

**Elektrische
Taschenlampen**
in wirklich guter Qualität
prima Trockenbatterien
von hervorragender Leistungskraft
sowie
Kohle- und Kohlenstufen-Batterien
empfehlen wir besonders preiswert

**Herm. Kühle,
Ottendorf-Okrilla.**




Mittwoch, 1. Dezember. Im Gasthof z. schwarzen Ross

Das interessante Lebensbild:

Der kleine Lord.

Als Lustspiel:

Die schöne Spanierin.

Naturaufnahme.

Körners Restaurant.

Mittwoch, 1. Dez., nachm. 3 Uhr

Kindervorstellung

abends 8 Uhr

Das Müllerröschen.

Achtung!

Zahle stets

für Maschinenguss, Eisen, Alt-Metalle, Pumpen,
sowie Weinflaschen, Papier und alle Arten Felle
die höchsten Tagespreise.

Alle Fabriken und Maschinen werden
durch meine Firma selbst abgedreht.

E. Schubert & Co.

Hermsdorf bei Dresden.

Fernsprecher Nr. 74 Amt Hermsdorf b. D.

Da die Saison zu Ende geht

und ich ein reichhaltiges Lager habe verkaufe ich zu äußerst
günstigen Preisen

Herren- u. Damen-Fahrräder

in verschiedenen Qualitätsmarken

Ersatz- u. alle Zubehörteile

in reichster Auswahl.

Gummi-Mäntel u. Schläuche

beste Fabrikate

Paul Güttner, Fahrradhandlg.

Neu eingetroffen der Zeit entsprechenden
billigen Preisen.

Anzugs- und Hosenstoffe

Wolster- und Mantelstoffe

in feinen schönen Farben

Kostüm-, Rock- u. Blusenstoff

Königsbrück M. Lütke.

Fahrradhaus Cunnersdorf

Hermann Schulze, Mechaniker.

Fahrradmäntel u. Schläuche

nur beste Konventionsmarken „A-Klasse“ wie
Excelstor, Continental, Fulda, Peters Union
(keine billige Außenfelgenreifen).

Kirchennachrichten.

Mittwoch 1/3 Uhr Konfirmandenstunde für die Mädchen
6 Uhr für Knaben.
Abends 8 Uhr Bibelstunde in der neuen Schule.

Heute zum

**Andreas-
Abend**

empfehle

**Bleinüsse u. Figuren
zum Bleigießen**

Buchhandlung

Herm. Kühle.

Orts-Verein

Donnerstag, d. 2. Dez.
abends 8 Uhr im Gasth.
zum Ross

Haupt-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag d. Hr. Dr. Stolte
burg über die Geschlechter-
heiten.
2. Erweiterung des Klub-
schiffes.
3. Vergütungen.
4. Gemeindefestspiele.
5. Verschiedenes (Neujahr-
abteilung usw.)

Um zahlreiches Erscheinen
bittet

Der Vorstand.

Kegelklub Frohsinn

Donnerstag, d. 2. Dez.
abends 9 Uhr

Versammlung

im goldenen Ring.

Dringendes Erscheinen aller
Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

**La g'raue
Silber - Kaninchen**

Jungtiere, hat noch abzu-
geben. Anzusehen nur Sonntag
abends.

**Max Lange
Seifersdorf Nr. 3.**

1 sein neuer gut erhalten
Kinderwagen

preiswert zu verkaufen.
Näheres zu erfragen in der
Geschäftsstelle dse. Bl.

Nähmaschinen

für Haushalt und Gewerbe
repariert schnell - gut - billig

Herm. Schulze, Mechaniker
Fahrradhaus Cunnersdorf.

**Haushaltungs-
Wäsche**

in anderen Posten wird zur
Reinigung angenommen.

Lohnwäscherei Hauffe
Königsbrück
Hintere Gasse Nr. 4

Ne. C.
tag.
Bezug-
bei Buch-
zu fast
inwendig
Zeitung.
Einrichtu-
sprech an
Zeitung

Fernspre-
Numm

Kind-
In
auch im
leidende
unserer
gegen 500
ist der
Abicht u
Kammerun-
einem un-
Abicht g
Mitteln z
Unterbrin-
Es gebe
bei ihm
Die
mageren
Otte

wohle
Bey
demittelte
beschränkt
auf 50 W
kommen
Empfänge
Wanderbe-
vorbehalte
hilfe Anj

im Rathsa-
Die
Kausgab
Ott

W
Es t
für Beie
50
eine in
zwei Wü
14
würdige
Wohlfahrt
50
an 4 aus
Geht
mündlich
Ott

Fu
Stelle ein

neu besij
Bew
gabe der
melden.
Gro

—
handlung
der Regi-
treter der

—
im Gebie
zusammen
sch parte
polnischen
Doppreuz
warteten
lungen tr